



AfD

GEMEINDERATSFRAKTION

MANNHEIM

Etatrede

des Vorsitzenden Jörg Finkler
zum Haushalt 2025/2026
am 19. November 2024



Mannheim. Heimat verpflichtet.

- *Es gilt das gesprochene Wort!* -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Specht,

Liebe Kollegen Stadträte,

Bürger der Stadt Mannheim,

der kommende Doppelhaushalt bietet erstmals seit langem, die Möglichkeit die Finanzierung rot-rot-grüner Gesellschaftsexperimente ein für alle Mal zu beenden!

Seit der Kommunalwahl im Juni diesen Jahres ist eine bürgerliche Mehrheit in greifbarer Nähe. Mit der entscheidenden Stimme des Oberbürgermeisters sind wir hier in der Lage diesen Spuk zu beenden.

Und das müssen wir aus verschiedenen Gründen. Und zwar nicht nur, weil jedes Jahr Millionen an Steuergeldern an unseriöse Organisationen und zur Versorgung von Parteisoldaten mit lukrativen Pöstchen gehen. Und das allein ist schon ein riesiger Skandal. Denn die Bürger werden immer mehr ausgepresst, damit Posten für die linksgrüne Klientel geschaffen werden, in denen sich irgendwelche Linke und sonstige bequem machen und dabei noch das Fundament unserer Gesellschaft angreifen. Denn dieses Geld fehlt an anderer Stelle. Ein Blick auf die Mannheimer Straßen, Schulen und Brücken zeigt die bittere Wahrheit.

Während Unsummen zur lebenslangen Alimentation illegaler Ausländer vergeudet werden, zerbröseln der öffentliche Raum vor unseren Augen.

All diese Missstände wollen wir als AfD-Fraktion beenden. Diesen Auftrag haben uns die Mannheimer Bürger gegeben.

Ich werde im Folgenden auf die einzelnen Themengebiete eingehen und dabei unsere Haushaltsanträge vorstellen.

Wir als AfD wollen sichergehen, dass die Mannheimer Steuergelder für Mannheimer Belange ausgegeben werden. Also nicht für Wirtschaftsflüchtlinge, nicht für verfassungsfeindliche Vereine und schon gar nicht zur angeblichen „Rettung des Weltklimas“...

Diese Gelder können wir guten Gewissens streichen.

Stattdessen wollen wir in Infrastruktur und Bildung investieren, also in Schulgebäude, ins Tierheim, in Parkplätze und in Straßen.

Es muss bei jeder Ausgabe der Grundsatz gelten:

„Mannheim zuerst!“

Und daher werden wir als AfD-Fraktion die teuren wie unsinnigen Programme, welche unter rot-rot-grüner Mehrheit verabschiedet wurden, ausnahmslos ablehnen. Denn die Stadt hat über Ihre Verhältnisse gelebt. Auch wenn wir dem Oberbürgermeister zu Gute halten, dass in seiner Zeit als Finanzbürgermeister keine große Neuverschuldung dazu gekommen ist, wurden jedes Jahr große Beträge verschwendet. Dass wir nun zum Jahresende laut Dreivierteljahresbericht nicht wie geplant 70 Millionen Euro an

liquiden Mitteln zur Verfügung haben, sondern nur 20, ist alarmierend.

Und mittels unserer Haushaltsanträge wollen wir diesen Missstand beenden. Wir fordern eine Konzentration auf die notwendigen Posten.

Wir als AfD-Fraktion gehen hier mit gutem Beispiel voran und verzichteten die letzten 5 Jahre jeweils auf eine vierstellige Summe.

Bei der Finanzplanung muss Sparsamkeit oberste Priorität haben, um die Leistungsfähigkeit der Stadt sicherzustellen.

Wir müssen die Schwerpunkte auf folgenden Bereiche setzen:

- Sicherheit und Sauberkeit
- Verkehr
- Energieversorgung
- Wohnen

1. Sicherheit und Sauberkeit

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt immer mehr Straftaten in Mannheim, und dies trotz aller statistischen Trickereien. Und leider immer mehr Gewaltdelikte. Das Sicherheitsgefühl unserer Bürger ist im freien Fall. Gerade in der Innenstadt sind die Folgen jahrzehntelanger Altparteien-Herrschaft nur zu deutlich sichtbar. Überall lungern Obdachlose, Junkies und andere zwielichtige Gestalten herum.

Die Innenstadt ist komplett verdreckt und das obwohl den Anwohnern hohe Gebühren für die Gehwegreinigung abgenommen werden. Der so genannte Broken-Window-Effekt wird am Niedergang unserer schönen Stadt sichtbar.

Daher fordern wir seit langem mehr Eingriffsbefugnisse für den Kommunalen Ordnungs-Dienst. Und wir fordern sehr viel mehr Mittel für die Menschen, die unsere Stadt sicher und sauber halten. Das bedeutet zum Beispiel mehr Stellen für den KOD, aber auch bessere Ausrüstung. Denn die schrecklichen Taten der letzten Monate haben deutlich gemacht, dass es gewaltbereite Extremisten gibt wie den islamistischen Mörder von Rouven Laur. Wie so oft war es ein abgelehnter Asylbewerber, welchen man längst hätte außer Landes schaffen müssen.

Solche fanatischen Täter fürchten den Tod nicht und gehen daher bis zum Äußersten. Damit stellen diese radikalen Islamisten eine völlig neue Herausforderung für unsere Sicherheitskräfte dar. Diese Entwicklung ist eine direkte Folge der unkontrollierten Masseneinwanderung seit 2015. Und dem müssen wir entsprechend entgegentreten. Und es ist daher für mich eine Selbstverständlichkeit, dass wir dem Kommunalen Ordnungsdienst eine vernünftige Schutzausrüstung zur Verfügung stellen. Und wer das ablehnt, macht sich auch für die Zukunft mitschuldig. Wir fordern unter anderem eine Schutzausrüstung für den Nacken der Sicherheitskräfte, da die Islamisten gezielt gegen den Hals ihrer Opfer messern.

Wir fordern außerdem das Land auf, mehr Stellen für die Polizei zu schaffen.

2. Verkehr und Infrastruktur

Ein trauriges Kapitel ist nach wie vor der unaufhaltsame Verfall der städtischen Infrastruktur – insbesondere der Straßen und Brücken. Der Grund ist die unverändert chronische Unterfinanzierung des Haushaltes in diesem Bereich. Wie Sie wissen bemängeln wir das jedes Jahr und Sie ignorieren das jedes Jahr zum Schaden der Bürger. Die Mittel für die grundhafte Sanierung der Straßen wurden im letzten Jahr zwar etwas erhöht, liegen aber immer noch weit unter der von der Fachverwaltung empfohlenen Mindestsumme.

Im Frühjahr wurde uns stolz im Fachausschuss verkündet, wie viele tausend Schlaglöcher nach dem Winter gestopft worden sind. Diese vermeintliche Erfolgsmeldung ist aber eigentlich eine Bankrotterklärung der Stadtverwaltung. Würden die Straßen vernünftig instandgehalten, würden gar keine Schlaglöcher in diesem extremen Ausmaß entstehen.

Straßensanierungen mit Dünnschichtkaltasphalt (DSK) wie in der Innenstadt sind zwar besser als gar nichts, stellen aber nur eine Notlösung dar. Die DSK-Flickaktionen dürfen nur eine Ergänzung darstellen, aber keinen Ersatz für eine richtige, grundhafte Sanierung.

Der Erhalt der Brücken- und Straßen gehört zur Daseinsvorsorge und ist kein Luxus, den man sich nur in guten

Zeiten leisten kann. Nur mit einer drastischen Erhöhung der entsprechenden Haushaltsansätze kann der gigantische Instandhaltungsstau aufgelöst und der Verfall gestoppt werden.

Ein Dauerthema ist die sich zuspitzende Parkplatzproblematik. Die Neuregelung des Gehwegparkens betrifft immer mehr Stadtteile. Die berechtigten Anliegen der Anwohner, die ihre dringend benötigten Parkmöglichkeiten verlieren, müssen ernst genommen werden und für die wegfallenden Parkplätze wo immer möglich Ersatz geschaffen werden.

3. Energieversorgung

Während die Verkehrsinfrastruktur weiter verfällt, wird parallel dazu eine bestehende, hervorragend funktionierende und gepflegte Energie-Infrastruktur zerstört. Wir werden nicht müde, die geplante Abschaltung des GKM zu kritisieren. Eine bezahlbare, zuverlässige und grundlastfähige Stromversorgung, die durch das GKM garantiert wird, zu zerstören ist dumm und verantwortungslos.

Oder geht man davon aus, dass die unter dem euphemistischen Begriff der angeblichen „Decarbonisierung“ fortschreitende Deindustrialisierung eine gesicherte Stromversorgung überflüssig macht?

Tatsächlich werden jedoch die Emissionen ins Ausland verlagert. Und damit auch gleich die Arbeitsplätze und unser Wohlstand.

Als ob die Zerstörung der sicheren Stromversorgung nicht schlimm genug wäre, mussten wir aus der Zeitung erfahren, dass die MVV das Mannheimer Gasnetz bis 2035 stilllegen möchte.

Eine über Jahrzehnte hinweg für viel Geld aufgebaute und gepflegte Energie-Infrastruktur wie das Gasnetz ohne Vorwarnung innerhalb von nur 10 Jahren stillzulegen, bedeutet eine mutwillige Vernichtung von Anlagevermögen.

Die MVV hat noch 2022 zugesichert, die Gasversorgung auch nach 2035 zu gewährleisten. Auf diese Zusage haben sich damals viele Bürger verlassen und sich eine neue Gasheizung angeschafft oder ihre bestehende Gasheizung erst für viel Geld erneuert. Sie stehen jetzt vor einem finanziellen Totalverlust, weil sie eine nagelneue Heizungsanlage nach nur 10 Jahren Betrieb zwangsweise stilllegen müssen.

Viele Stadtteile und Haushalte haben keinen Fernwärmeanschluss und werden in Zukunft auch keinen erhalten. Wenn jetzt in den nächsten Jahren auch noch der Gasanschluss verloren geht, bleiben oft nur noch die Möglichkeit auf Wärmepumpen umzustellen, die gerade bei Altbauten keine Alternative sind und oft den finanziellen Ruin bedeuten.

Die Stadt Mannheim gibt jedes Jahr viel Geld für den sogenannten Klimaschutz aus. Das Ziel, bis 2030 „klimaneutral“ zu sein, hat sich wie erwartet als Utopie erwiesen.

4. Wohnen

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
wir haben bereits über die Grundsteuer gesprochen. Und leider gibt es hier weiteren Gesprächsbedarf. Denn die von der schwarz-grünen Landesregierung eingeführte Grundsteuerreform ist hochgradig ungerecht. Die von Ihnen politisch gewollte „Belastungsverschiebung“ vom Gewerbe zu den Privatleuten und von „Quartiersbewohnern“ hin zu Eigenheimbesitzern ist den Bürgern nicht zuzumuten.

Wir haben die Gründe angeführt. Es ist nicht sozial wenn das Grundstück mit mehrstöckiger Luxusvilla genauso bewertet wird, wie ein einfaches Einfamilienhaus. Und es ist auch nicht ökologisch, wenn der Rentner, der sich hinter seinem Häuschen Gemüse im Garten anbaut dafür bestraft wird.

Zahlreiche Bürger sind an uns herangetreten und haben uns Ihre Grundsteuermessbescheide gezeigt. Darunter waren Erhöhungen von 1000%. Und mehr. Und wenn Sie hier alle so etwas zulassen, dann sind Sie fehl am Platz. Es ist unsere Aufgabe als Gemeinderat, die Bürger vor diesen Folgen bürgerfeindlicher grüner Ideologie zu schützen!

Wir als AfD-Fraktion hatten in der letzten Sitzung einen entsprechenden Antrag gestellt, nachdem kein Bewohner eine Erhöhung von mehr als 25% zu ertragen hat. Und das ist eigentlich schon viel zu viel.

Da Sie hier nicht bereit sind eine verbindliche Härtefallregelung zu treffen, bleibt nur eine einzige faire

Konsequenz und die lautet, den Hebesatz der Grundsteuer „B“ auf 0 zu senken. Ja sie haben richtig gehört. Null ist auch ein möglicher Hebesatz. Diese Maßnahme würde ca. 50 Millionen Euro kosten aber dafür ALLE Mannheimer entlasten. Das ist finanzierbar, wenn man bereit ist zu sparen.

Und eines ist klar, diese grüne Grundsteuer, welche Sie hier alle durchgepeitscht haben, wird ohnehin nie rechtskräftig werden. Es gibt bereits jetzt tausende berechnete Widersprüche und das Landesverfassungsgericht wird diese rechtswidrige Abzocke stoppen. Daher appelliere ich an Sie alle hier, bei diesem miesen Spiel nicht länger mitzumachen!

Unsere Anträge

Eine Einrichtung, welche jährlich riesige Summen verschlingt, aber ihrem kulturellen Auftrag immer weniger nachkommt, ist das Nationaltheater Mannheim. Da das NTM leider zunehmend für Propagandazwecke missbraucht und für grüne Parteiveranstaltungen zweckentfremdet wird, regen wir hier an, diesem Missbrauch einer Kultureinrichtung einen Riegel vorzuschieben. In jedem Fall sehen wir großes Einsparpotenzial beim Nationaltheater

Wie in den Vorjahren, haben wir selbstverständlich noch viele Projekte identifiziert, welche man bedenken- und ersatzlos streichen kann. Ich zähle einmal beispielhaft einige dieser unsinnigen Ausgaben auf:

- Klimafonds: 10 Millionen € im Jahr → Streichen
- Förderung von Lastenfahräder: 150.000 € im Jahr

→ Streichen

- Queeres Zentrum Mannheim: 100.000 € → Streichen
- Das JUZ als Ausgangsbasis für verfassungsfeindliche Aktivitäten: 154.000 € → streichen
- der unsägliche Aktionsfonds mit 120.000 € im Jahr

→ streichen

Die Liste der unsinnigen und schädlichen Projekte ist lang. Wir haben beantragt, sie alle zu streichen.

Dann ist wieder Geld für die wichtigen Sachen da. Geld für Schulen, Straßen und Brücken. Das sind wir den Mannheimern schuldig.

Zum Schluss danke ich ganz herzlich den Mitarbeitern der Verwaltung und den Mitarbeitern der Geschäftsstelle.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**AfD-Fraktion im Gemeinderat
der Stadt Mannheim**

Rathaus E 5

Zimmer 221

68151 Mannheim

Fon: +49 (0) 621 / 293-9438

Mail: afd@mannheim.de

Internet: www.afd-fraktion-mannheim.de

